

# PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 28. JANUAR 2020



## DEBATTE **WOHNEN IN BREMEN MUSS BEZAHLBAR BLEIBEN!**

**Bauen, Kaufen, Mietpreise dämpfen – der baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Falk Wagner, ist überzeugt: Nur mit diesem Dreiklang lässt sich das soziale Fundament auf dem Bremer Wohnungsmarkt erhalten. Wie dies konkret umgesetzt werden kann und muss, erklärte er heute in einer von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde mit dem Thema „Anstieg der Mieten und Kaufpreise – Bremen muss für alle bezahlbar bleiben“.**

Wagner hob in seiner Rede zunächst die Besonderheit des Bremer Wohnungsmarktes hervor. So liege die Eigentumsquote bei 38 Prozent – und damit doppelt so hoch wie in Berlin. Jede fünfte Wohnung sei darüber hinaus in städtischem oder genossenschaftlichem Besitz. Und in Bremen gebe es viele kleine Vermieter und die Bedeutung großer Wohnungskonzerne sei vergleichsweise gering. „Das ist das soziale Fundament, auf dem der Bremer Wohnungsmarkt steht – und darauf sind wir als SPD stolz“, betonte Wagner.

Doch tobe ein Sturm auf dem Immobilienmarkt, und auch wenn das Bremer Haus diesem Sturm vergleichsweise gut standhalte, hinterlasse dieser auch hier seine Spuren. Das zeige sich an der Mietpreisentwicklung in Stadtteilen wie etwa Findorff, die in den vergangenen Jahren bei Neuvermietungen deutlich angezogen habe. Und das zeige sich daran, dass die Löhne seit 2012 im Schnitt um 24 Prozent gestiegen seien, die Kaufpreise für Immobilien in der gleichen Zeit aber um das Doppelte.

Dies, so Wagner, habe Folgen: Für Familien, die ein Eigenheim suchten, während ihnen die Preise davonliefen. Für Auszubildende oder Studierende, die in der Nähe ihrer Ausbildungsstätte eine Bleibe suchten, und sich diese immer schwieriger leisten könnten. Oder für eine langjährige Quartiersbewohnerin, die eine barrierefreie Wohnung brauche, sich die Miete bei einem neu abgeschlossenen Vertrag aber nicht leisten könne und dadurch vor der Entscheidung stehe, entweder ihr angestammtes Quartier zu verlassen oder sich weiter die Treppe hinaufzuquälen. „Wie wäre diese Lage erst ohne das soziale Fundament, das wir in Bremen haben?“, fragte Wagner und zog



Falk Wagner

daraus den Schluss: „Es ist unser Privileg in Bremen, dieses soziale Fundament zu haben. Es ist unsere Pflicht, dieses soziale Fundament zu bewahren. Und es ist unsere Aufgabe, es auszubauen.“

„Bremen tut dafür, was richtig ist und wovon wir mehr tun müssen“, so Wagner weiter. So gelte es, die Entwicklung durch Mietpreisregulierung zu dämpfen. Bremen müsse – etwa mit der Gewoba und der Brebau – weiter Wohnungen kaufen und Verkäufe verhindern. Und nicht zuletzt müsse Bremen weiter bauen, um das Ziel von 10.000 zusätzlichen Wohneinheiten in dieser Legislaturperiode zu erreichen. „Dabei geht es nicht darum, irgendwie zu bauen, es geht auch darum, das Richtige zu bauen“, betonte Wagner. „Wir müssen gemeinnützig bauen, barrierefrei bauen und bezahlbar bauen.“

10.000 Wohneinheiten seien dabei sicher ein ehrgeiziges Ziel, sagte der Sozialdemokrat, und er habe den Eindruck, dass es dafür zwar Zuspruch von allen

demokratischen Kräften gebe – aber nicht immer auch die Bereitschaft, dazu auch zu stehen. „Wir alle sind jetzt gefordert, die vielen kleinen und mittleren Projekte umzusetzen und dabei nicht die Fehler wie bei der Frage der Bebauung der Rennbahn zu wiederholen. Denn dieses Beispiel hat gezeigt, dass wichtige Projekte am mangelnden politischen Schulterschluss scheitern können. Die Zeit des Wahlkampfs ist jetzt aber vorbei.“

Wagner abschließend: „Was wir brauchen, ist ein Verständnis für den Bedarf auf dem Wohnungsmarkt. Wir brauchen den Zuspruch aus den Stadtteilen und die Haltung ‚Wir wollen ein Stadtteil für alle bleiben oder werden‘. Und dies muss getragen sein vom Schulterschluss der politischen Kräfte. Wir haben in Bremen noch nicht die Verwerfungen auf dem Wohnungsmarkt wie etwa in Berlin. Und für die SPD-Fraktion kann ich versichern: Wir sind entschlossen, dass dies so bleibt.“

## FRAGESTUNDE **ZU SPÄTE ZULASSUNG ZUM WEIHNACHTSMARKT?**

Jahr für Jahr ziehen sowohl der Bremer Weihnachtsmarkt als auch der Schlachtezauber Hunderttausende Menschen in die Innenstadt. Ohne die Standbetreiberinnen und -betreiber wären beide Attraktionen jedoch nicht möglich. Umso mehr verwundert es, dass Presseberichten zufolge einige Bewerbungen auf Stände erst vier Tage vor Beginn des Weihnachtsmarktes Bescheid bekommen haben. Unsere Abgeordnete Antje Grotheer fragte deshalb in der Fragestunde der heutigen Stadtbürgerschaft nach: **Wie lange lief die Bewerbungsfrist? Mussten einige der Bewerberinnen und Bewerber ihre Teilnahme wegen der späten Bescheide kurzfristig absagen? Und wie will der Senat derartige Schwierigkeiten in diesem Jahr vermeiden?**

„Die Bewerbungsfrist für den Bremer Weihnachtsmarkt endet am 31. Januar

des Veranstaltungsjahres“, berichtete Wirtschaftsstaatsrat Sven Wiebe für den Senat. Allerdings konnten die Zulassungsbescheide im vergangenen Jahr erst im November verschickt werden – Grund seien personelle Engpässe und technische Probleme, so Wiebe. Wie viele Händlerinnen und Händler ihre Zusage erst vier Tage vor dem Start des Weihnachtsmarktes erhielten und wie viele schon eine oder zwei Wochen früher, konnte Wiebe auf Grotheers Nachfrage hin nicht genau benennen. Auch auf die Frage, wie viele von ihnen sich vorab telefonisch erkundigt und von ihrer Zulassung erfahren hatten, konnte Wiebe nicht beantworten, da diese Gespräche eventuell nicht alle erfasst worden seien. Vier Bewerber\*innen hätten aufgrund der verspätet zugestellten Zulassungsbescheide ihre Teilnahme aber in der Tat abgesagt.



**Antje Grotheer**

Auf eine weitere Nachfrage von Grotheer räumte Wiebe ein, dass gerade Anbieter von Kunsthandwerk deutlich früher ihre Ware bestellen müssten, als die angestrebten 12 Wochen vor Beginn der

Märkte – dem Zeitpunkt, an dem sie ihre Zusage eigentlich erhalten sollen. Das Ressort sehe derzeit keinen Grund, diese 12-Wochen-Frist zu verändern, gleichwohl sei es gern zu Gesprächen mit den entsprechenden Händlern darüber bereit, wie diese eventuell auch schon früher zusätzliche Sicherheit erhalten könnten, um die Beschaffung ihrer Ware zu planen.